

WUB

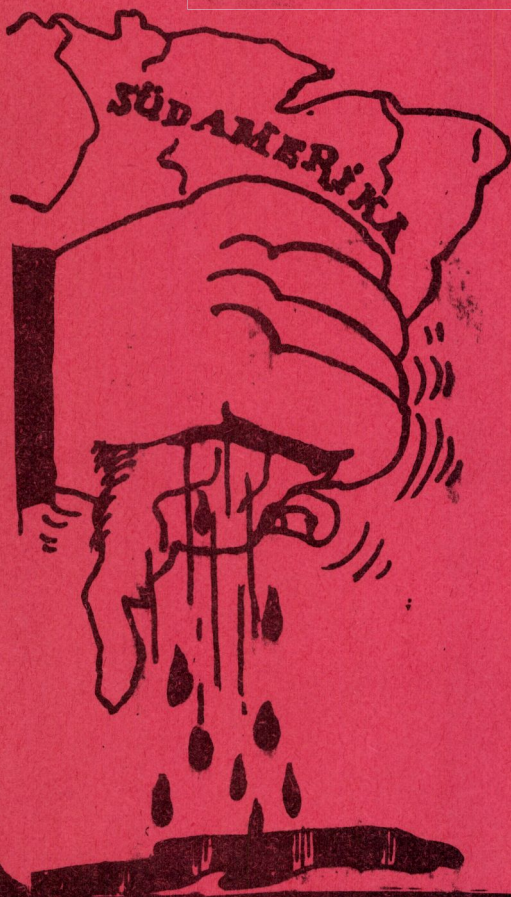
international

›was uns betrifft‹

informationsorgan des asta der thd

1977

Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas



Argentinien

Chile

Bolivien

Peru

**Verteidigen wir
das Leben und die Rechte
der Demokraten und Sozialisten
in Lateinamerika**

I N H A L T

AUFTRUF des AStA der THD	S. 2
ARGENTINIEN: Bericht eines verhafteten darmstädter Studenten	4
CHILE : Abbau des Bildungswesens - chilenische Variante....	9
Antifaschistische Plattform	10
Wirtschaftspolitik in Chile	11
BOLIVIEN: Chronik des Widerstandes in Bolivien	14
PERU : Brief von Victor Cuadros, Sekretär der Berg- und Metallarbeitergewerkschaft Perus	19
METHODEN DER FOLTER	21
PRESSESPIEGEL	22

V O R W O R T

Ein Schwerpunkt der Arbeit des AStA der TH liegt in der Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten. Dazu zählen zum Beispiel Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht und Pressefreiheit. Diese Rechte sind Grundbedingungen zur Erkämpfung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verbesserungen nicht nur in der BRD sondern in der ganzen Welt.

Diese WUB soll einen Einstieg in Probleme der Süd-amerikanischen Länder ermöglichen. Dazu gab es einen besonderen Anlaß: Die Verhaftung von zwei Studenten der TH in Argentinien. Die beiden Kommilitonen haben ihre Erfahrungen in einem Bericht niedergelegt, den ihr hier (S.4) nachlesen könnt. Zu Peru, Bolivien und Chile gaben wir Euch Informationen über Wirtschafts- und politische Strukturen, die Rolle der Gewerkschaften und über Widerstandsbewegungen.

Ohne die maßgebliche Mitarbeit von Thomas Heyer, Tobias Macholdt, und Matthias Kollatz, Cäcilia Glück hätte die WUB in der vorliegenden Form nicht herausgegeben werden können.

asta

IMPRESSUM:

Allgemeiner Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt
Hochschulstr. 1
61 Darmstadt

AUFRUF

ZUR UNTERSTÜTZUNG UND RETTUNG DER VERFOLGTEN STUDENTEN, WISSENSCHAFTLER, ARBEITER UND GEWERKSCHAFTEN IN LATEINAMERIKA!!!

In fast allen Ländern Lateinamerikas werden Jahr für Jahr zehntausende Arbeiter, Gerwerkschaftler, Studenten und Künstler durch Militär, Polizei und faschistische Banden ermordet, gefoltert, verhaftet und verschleppt.

Ein Beispiel von vielen tausenden ist Fernando Sanches, der seit dem 23.9.77 in Buenos Aires verschwunden ist.

- Seit dem 23.9.1977 ist Fernando Sanches in Buenos Aires verschwunden. Er ist 30 Jahre alt und war Metallfacharbeiter bei der Firma EMA. Er wurde von seinen Kollegen zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann gewählt; wegen seines Eintretens für die Interessen seiner Kollegen ist Fernando Sanches entlassen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sein Leben unmittelbar bedroht ist.

Dieser Terror richtet sich gegen alle, die für uns selbstverständliche demokratische Rechte und Freiheiten wahrnehmen wollen und damit in Widerspruch zu den herrschenden Diktatoren geraten. Denn durch Terror und brutale Unterdrückung können sich die korrupten und parasitären Militärs und die sie unterstützenden Teile des Bürgertums überhaupt an der Macht halten. Die blutige Bilanz der Militärs und Faschisten z.B. in Argentinien wird täglich größer:

- 1976 wurden mindestens 1275 Menschen Opfer politischer Verbrechen (FAZ, 3.1.77)
- nach Schätzungen aus Kirchenkreisen sind im letzten Jahr 17000 Menschen verschwunden, darunter auch neun Deutsche (Vorwärts 14.7.77)
- Bilanz nach einem Jahr Militärdiktatur: 30.000 politische Gefangene, Tausende von Verschwundenen und Ermordeten" (Vorwärts 7.4.77)

Mit Entlassungen vom Arbeitsplatz, Verelendung, Verhaftung, Folter, Verschleppung, Mord durch die politische Polizei, Militärs und faschistische Banden wie die "Argentinische Antikommunistische Allianz" (AAA) gegen jede Opposition soll der Widerstand der Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Unterdrückungsregime und ihr Kampf für politische Rechte und für eine bessere soziale Lage gebrochen werden. Jedoch der Widerstand läßt sich nicht zerstören:

- In Peru organisierten die Arbeiter einen Generalstreik, gegen den Militär eingesetzt werden mußte. Das Militär versucht durch Ausweisung von Gewerkschaftsführern, wie z.B. den Führer der Berg- und Metallarbeitergewerkschaft Victor Cuadros Paredes die Arbeiter in den Griff zu bekommen.
- In Chile ist die Ruhe nicht wieder hergestellt. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage und die stärker werdende Opposition steht das Militär vor unlösbaren Aufgaben.
- In Brasilien mußte das Militär wiederholt gegen Studenten und Professoren vorgehen, die sich auf dem Universitätsgelände versammelten. Hunderte wurden verhaftet.

Der Terror der Diktatoren hat Methode und Ziel:

die am Rande und unter dem Existenzminimum lebenden Menschen sollen daran gehindert werden, sich gewerkschaftliche und politische Orga-

nisationen zu schaffen, um damit ihre Rechte zu erkämpfen. Denn nach wie vor ist Südamerika wegen seiner niedrigen Löhne und großen Naturschätze ein beliebtes Ausbeutungsobjekt des amerikanischen und europäischen Kapitals. Lateinamerika ist das koloniale Ausbeutungsland des US-Kapitals und die Diktaturen in den einzelnen Ländern sind die politischen Helfershelfer seiner Politik.

Die Unterdrückung, Verhaftungen und Ermordungen in Lateinamerika richten sich nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern gegen prinzipiell jeden, der den Staatsbehörden unlieb ist. Von den verschwundenen Deutschen ist inzwischen bekannt, daß die Soziologin Elisabeth Käsemann wahrscheinlich von den Militärs oder der Polizei heimlich umgebracht wurde.

Es ist unsere Aufgabe, mitzuhelfen, das Leben der Verfolgten zu retten und gegen diesen Mordterror zu protestieren. Aber es darf nicht nur bei einem moralischen Appell bleiben. Der AStA fordert alle Studenten, Assistenten und Professoren auf, mit Delegationen zu den Botschaften und Geldsammlungen für folgende Forderungen einzutreten:

- Rettet das Leben der verfolgten Arbeiterkämpfer, Studenten, Wissenschaftler Lateinamerikas!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen !
- Aufklärung über das Schicksal aller Verschwundenen !
- Unterstützt die Familien der Inhaftierten und verschwundenen Oppositionellen !
- Uneingeschränktes Asylrecht für alle Verfolgten in Deutschland (auch Darmstadt)
- Internationale Untersuchungskommission
- Organisierung des Wirtschaftsboykotts !

Insbesondere wenden wir uns an den DGB und an die politischen Parteien, dafür einzutreten, daß politische Schritte gegen die Diktatoren und zur Rettung der Leben der Verfolgten organisiert werden. Die Kraft von Millionen kann die Gefängnisse öffnen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, daß 41 SPD-Abgeordnete eine Untersuchungskommission gefordert haben und für ein uneingeschränktes Asylrecht eingetreten sind.

ARGENTINIEN

Fläche: 2 776 700 qkm (etwa 11mal so groß wie die BRD)

Einwohner (1970): 24 352 000

Einwohner je qkm: 9

Hauptstadt: Buenos Aires (mit Vororten ca. 7 000 000 Einwohner); Weitere große Städte: Rosario, Córdoba, La Plata

Anteil der Bevölkerung in Gemeinden über 20 000 Einwohnern: 57,7 %

Bevölkerungswachstum 1967/68: 1,55 %

Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren: 67,4

Schulbesuch der 7- bis 14-Jährigen in % (1965): 90,5

Schulbesuch der 15- bis 19-Jährigen in % (1965): 51,4

Hochschulbesuch der 20- bis 24-Jährigen in % (1965): 12,6

Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung 1968 in US-Dollar (Preisindex von 1960): 851

Zunahme des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung 1960-68: durchschnittlich 1,5 % pro Jahr. Absolute Zunahme 1965-70: durchschnittlich 4 %, 1971: 3,8 %.

Wichtige Ausfuhrsgüter: Weizen, Fleisch, Wolle, Leinsaat, pflanzliche Produkte, Industrieprodukte

Wichtige Außenhandelspartner: USA, Großbritannien, Italien, BRD, Brasilien



Erlebnisse zweier Darmstädter Studenten in Argentinien

Zeit: November 1977

Gegend: Argentinien

Wir: Zwei Studenten der THD für 4 Monate auf Studienreise in Südamerika; seit 1 Monat unterwegs,

Über Jujuy, San Pedro, Embarcacion waren wir 2 1/2 Tage durch den Chaco gefahren. Die letzten 48 Stunden waren es nur noch Pistenstrecken, die ca. 600 km-schnurgerade durch die Wildnis geschlagen waren. Wir hatten Glück, daß wir durchkamen, denn wenige Tage später begann die Regenzeit, die sich auch bei uns durch Wolkenbrüche schon angekündigt hatte, und die Straße wurde gesperrt. Morgens um 4 Uhr standen wir in Formosa, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, in Nordargentinien. Ziel war Clorinda, 100 km entfernt, das auf der argentinischen Seite direkt gegenüber von Asuncion (Paraguay) liegt. Neben ein paar Ureinheimischen leben hier hauptsächlich Flüchtlinge, die wegen der innenpolitischen Situationen Paraguay verlassen haben. Ein Großteil der Geschäftsleute lebt vom Schmuggel, der Rest lebt von den Contrabanderos, den Schmugglern.

In Clorinda hatten wir einige Freunde, die wir besuchen wollten, und gleich nach unserer Ankunft mit dem Bus riefen wir sie an, es war mittlerweile 7.00 Uhr. Sie wohnten nur einige 100 m vom Busbahnhof entfernt, und so nahmen wir unser Gepäck und zogen dort hin. Vielleicht 50 m vor dem Haus

unserer Freunde, gerade überquerten wir eine Plaza, wurden wir von einem Polizisten auf dem Fahrrad, mit einer deutlich auf uns gerichteten Maschinenpistole, gestoppt. "

"El Jefe quiere hablar con unstedes"

"Der Chef möchte mit Ihnen sprechen" bemerkte er und forderte uns zum Mitkommen auf. Wir versuchten nun einige Tricks aus unserer Trickkiste, angefangen damit, daß wir überhaupt kein Spanisch verstünden, bis dahin, daß wir meinten, wir hätten noch nicht gefrühstückt und könnten daher nicht mitkommen. Es half nichts, mittlerweile waren es schon 2 Polizisten, und wir mußten mitgehen. Auf der Polizeistation war man recht unfreundlich. Der Chef sei noch nicht da, wir sollten gefälligst warten.

Wir wollten in das Gebäude, wurden aber angeschrien, wir sollten uns auf ein Bänkchen neben der Eingangstür setzen, die Füße anziehen, damit keiner darüber stolpere und das Gepäck auf die Seite schaffen. Demonstrativ wurden wir mit durchgeladenem Gewehr bewacht. Wir verlangten unsere Freunde anrufen zu können, um ihnen Bescheid zu sagen. Man ließ uns wissen, wir hätten hier ruhig zu sitzen und zu warten, sonst nichts. Als dann ein Unterpolizist uns noch sehr provozierend auf Waffen durchsuchen wollte, packte S. die Wut; sie sagte sie gehe jetzt, unsere Freunde benachrichtigen und ging fort. Die Polizei war etwas ratlos. Nach 10 Minuten kamen sie zu 3 zurück, eskortiert von Polizei. Trotz langen Redens bekamen auch sie jetzt keine Antwort, obwohl einer unserer Freunde schon seit 10 Jahren nur 100 Meter von der Polizeistation lebt und mit der Polizei gut bekannt ist. Nach weiteren 2 Stunden Warten, kam ein Oberpolizist und ordnete an, unser Gepäck zu durchsuchen und Pässe zu kontrollieren. Zunächst wollten wir unsere Pässe nicht aus der Hand geben, aber er versprach, wir bekämen sie wieder. Wir bekamen Fingerabdrücke abgenommen, das erste mal in unserem Leben, von jedem Finger 2. Auch unsere Freunde mußten diese Prozedur über sich ergehen lassen. Sie versuchten klar zu machen, daß sie doch nur gekommen seien, um uns zu helfen, da unsere Spanischkenntnisse doch nicht die besten wären. Die einzige Antwort war, das wäre egal. Danach wieder warten. Gegen Mittag erlaubte man, daß unser Essen von außen gebracht wurde, auch jetzt keine Begründung, warum wir festgehalten wurden.

Wir wollten unsere Botschaft anrufen, um sie zu informieren. Auch als wir darauf bestanden, daß dies unser Recht sei, zuckten sie mit den Schultern und

meinten, daß ginge nicht, der Chef sei noch nicht da. Spätnachmittags wurden wir 4 durchsucht, bekamen alles abgenommen und wurden in eine große Gemeinschaftszelle gebracht, nach männlich und weiblich getrennt. Obwohl sie nur zum Erklären dazugekommen waren, wurden auch unsere Freunde mit eingesperrt.

Jetzt hieß es zur Erklärung, man müsse unsere Pässe überprüfen, dazu müsse man nach Formosa telefonieren. Nein, man wüßte leider nicht, wie lange das dauere. Anfangs hatten wir einige Bedenken unseren Mitgefangenen gegenüber, aber für uns erstaunlich erwies sich, daß diese Leute sehr freundlich und sehr mitfühlend waren. Der jüngste Häftling, nach eigenen Angaben 12 Jahre, sicherlich aber nicht älter als 10 Jahre, wollte nicht erzählen, warum er schon seit 14 Tagen hier war. Der Haftälteste und Erfahrenste, etwa 38, erzählt, daß er wegen angeblichen Betrugs verhaftet sei, in Wirklichkeit ganz unschuldig. Er war eine Frohnatur und brachte es fertig^{uns} zu bedauern, weil wir von diesen, er spukte auf den Boden, verhaftet worden seien. Wir erzählten unsere Geschichten und veranstalteten mit Dame- und Mühlespiel ein Gefängnisturnier und machten es uns auf dem Betonboden gemütlich. Peter, unser Freund, berichtet jetzt, daß wir noch Glück hätten. Wenn man von der Militärpolizei verhaftet würde, würde man erst geschlagen und dann eingesperrt. Noch vor kurzer Zeit hätte sich folgendes ereignet:

An der Grenze zu Paraguay war in einem argentinischen Zollhäuschen eine Bombe hochgegangen, diese war, wie man feststellte, über eine Uhr geschaltet. Die Polizei schloß von Uhr auf Schweizer Uhr, dann auf Schweiz und verhaftete den nächsten Schweizer, der über die Grenze kam. Er wurde verprügelt, 10 Tage in Haft behalten ohne gepflegt zu werden und dann zurück nach Paraguay abgeschoben. Die anderen Gefangenen bestätigten das und erzählten noch, daß vor 3 Tagen ein Uruguayer nach Formosa überführt worden war; er hatte 5 Tage hier im Gefängnis gesessen und wußte, genau wie wir, nicht, warum er festgenommen worden war. Er durfte weder seine Botschaft noch seine Angehörigen informieren. Jetzt im Spezialgefängnis von Formosa steht es noch schlechter für ihn. Um uns zu trösten, erzählte einer unserer neugewonnenen Freunde, daß er in 14 Tagen frei käme und er dann in Asuncion

(Paraguay) unsere Botschaft benachrichtigen werde. Mittlerweile war es dunkel geworden. Wir wurden noch einmal alle nach draußen geführt, um auf die Toilette zu gehen. Anschließend wurden wir wieder eingesperrt und die Türen verriegelt. Sie durften die ganze Nacht nicht geöffnet werden, ein Posten ging auf und ab. Überall breitete man jetzt Decken auf dem Fußboden aus zündete eine Spirale an, die die Moskitos vertreiben sollte. Neben unserem eigenen Essen bekamen wir noch von allen angeboten und waren so mehr als satt. Irgendwoher wurde noch eine Flasche Rotwein herbeigezaubert und unser Freund aus Buenos Aires, der auch in Asuncion auf die Botschaft gehen wollte, sang einen argentinischen Tango, den besten, den wir je gehört haben. Allmählich gelang es uns einzuschlafen. Am nächsten Morgen recht früh wachten wir auf. Wilde Gerüchte waren im Umlauf, wir sollten nach Formosa gebracht werden, vielleicht sogar nach B. A., Buenos Aires da wir als Terroristen verdächtig seien. Kurze Zeit später meinte ein Polizist: "Wir würden in ein anderes Gefängnis gebracht, wir seien wahrscheinlich vom CIA. Es war uns recht mulmig zumute, denn wir wußten, wenn wir erst einmal von Clorinda fort wären, würde die Angelegenheit ernsthaft kritisch. Wir brachten es fertig, eine Botschaft nach außen zu schmuggeln, auf der wir unsere Situation kurz beschrieben und mitteilten, man solle sofort die deutsche Botschaft in Buenos Aires anrufen. In dieser Situation kam plötzlich ein Polizist und meinte, wenn wir wollten, könnten wir gehen. Anfangs waren wir etwas ungläubig, doch als die Türen aufgeschlossen wurden, merkten wir, daß es stimmte. Gerade noch ließ man uns Zeit, uns von den anderen Häftlingen zu verabschieden. Der Unterchef gab uns freundlich unsere Sachen zurück, (aber den Chef haben wir nie zu sehen bekommen) und fragte, ob auch alles vorhanden sei; unsere Bitte uns ein schriftliches Zertifikat auszustellen, daß wir keine Terroristen seien, mußte er mit Bedauern abschlagen, aber dafür ließ er einige Polizisten unser Gepäck bis zum 50 m entfernten Haus unserer Freunde tragen; warum wir so plötzlich freikamen, konnten wir nie ganz herausfinden. Sicher ist nur, daß verschiedene lokale Größen, ein paar Geschäftsfreunde und ein paraguayischer Regierungsspitzen damit zu tun hatten.

Diese Geschichte liest sich jetzt sehr gut und hört sich teilweise recht abenteuerlich an. Wir aber haben damals ganz anders empfunden. Und hätten wir nicht Freunde und Beziehungen gehabt, so wäre es garnicht so sicher, ob wir aus ~~dem~~ dieser Situation so unbeschadet oder gar überhaupt herausgekommen wären.

Nachspiel:

Wir reisten nun zu 4 weiter. In Asuncion gingen wir zunächst auf die deutsche Botschaft, um unseren Fall zu schildern. Und um vorbeugend schon einmal Bescheid zu sagen. Die Botschaft war nur mäßig interessiert und meinte, dies alles sei nicht so tragisch. Zwischenzeitlich war die Situation noch einmal ernsthaft ungemütlich geworden, als in Asuncion dann das Gerücht kursierte, wir seien abgeschobene Terroristen aus Argentinien. Selbst gute Bekannte unserer Freunde hatten diesem Gerücht Glauben geschenkt und in Paraguay ist nichts so gefährlich, wie als politisch angesehen zu werden. Auch in B.A. gingen wir auf die deutsche Botschaft. Hier war der Botschaftsangestellte sehr freundlich. Als wir erzählten, daß wir weder ausgeraubt noch von der Polizei geschlagen worden waren und gar zu essen hatten, meinte er, wir hätten riesiges Glück gehabt. Er zeigte uns einen dicken Stapel Karteikarten: alles Leute, denen es anders ergangen war. Von der deutschen Botschaft in B.A. stammt auch folgende Geschichte: Eine Deutsche, die in Cordoba in Zentralargentinien studiert werde jetzt wöchentlich zweimal von einem Botschaftsangehörigen besucht; da sie in letzter Zeit derart oft von der Polizei verhaftet worden war und stets erst nach einiger Zeit wieder auftauchte, baten ihre Eltern um diesen Schutz, um sie vor der argentinischen Polizei zu sichern. Mittlerweile sind wir beide wieder in Darmstadt und gehen unserem Studium nach. Auch unsere zwei Freunde sind schon seit 1/2 Jahr in Europa. Ihre Eltern, die noch in Clorinda leben, werden noch heute regelmäßig von der Polizei aufgesucht, welche sie dann ausfragt und das Haus inspiziert.

* Anmerkung: Es muß unbedingt erwähnt werden, daß ^{die} niedrigen Dienstgrade der Polizeistation uns sehr korrekt und teilweise freundlichen behandelt haben. Sie hatten aber stets die Befürchtungen, daß dies ^{sie} bei ihren Vorgesetzten in Mißkredit bringen könnte.

CHILE

A. CHILE

Fläche: 756 900 qkm (etwa 3mal so groß wie die BRD)

Einwohner (1970): 9 780 000;

Einwohner je qkm: 13

Hauptstadt: Santiago de Chile (mit Vororten 2,5 Mill. Einwohner)

Weitere große Städte: Valparaiso und Viña del Mar, Concepción, Antofagasta
Anteil der Bevölkerung in Gemeinden über 20 000 Einwohner: 54,7 %

Bevölkerungswachstum 1967/68: 2,34 %

Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren: 60,9

Schulbesuch der 7- bis 14-Jährigen in % (1965) 62,9

Schulbesuch der 15- bis 19-Jährigen

in % (1965)

62,9

Hochschulbesuch der 20- bis 24-Jährigen in % (1965) 4,7

Bruttosozialprodukt

pro Kopf der Bevölkerung 1968

in US-Dollar (Preisindex von 1960): 585

Zunahme des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung 1960-1968 durchschnittlich 2,0 % pro Jahr. Absolute Zunahme 1965-70 durchschnittlich 3,7 % pro Jahr, 1971 8,5 %.

Wichtige Ausfuhr Güter: Kupfer (90 %), Eisenerze, Kohle, Wolle, Fette, Salpeter, Jod, Holz, Obst, Wein

Wichtige Außenhandelspartner: USA, Großbritannien, BRD, Argentinien, Japan



Gefangene ca. 7000 (ai)

Dina (= Gestapo) 10 000 Beamte (ai), andere Schätzungen 20 000

Tote infolge des Putsches und der Diktatur ca. 30 000

Abbau des Bildungswesens -

chilenische Variante

Sofort nach dem Militärputsch Pinochets wurden die Rektoren der Universitäten durch hohe Militärs abgelöst. Dieser Zustand hat sich bis heute nicht geändert. Somit unterstehen die Universitäten der unmittelbaren Kontrolle des Regimes.

In den letzten Jahren ist der Bildungshaushalt mehrmals drastisch gekürzt worden, Studienplätze wurden vernichtet, Gelder für die Forschung gestrichen.

Darüberhinaus wurden hohe Studiengebühren eingeführt - pro Semester zwischen 900 und 1900 pesos bei einem mittleren Monatseinkommen der Bevölkerung von unter 1300 pesos.

1977 baten von 54.394 Studenten, die sich an einer Universität in Chile immatrikulierten, 40.385 um Vergünstigungen bei der Zahlung der Gebühren. Die Universitäten gewährten lediglich 21.926 dieser Anträge, dies bedeutet, daß faktisch 18.459 Studenten von der Universität ausgeschlossen worden sind.

Was bedeutet diese Politik für Chile: In Chile sind in den vergangenen Jahren über 30 % der Facharbeiter und Akademiker ausgewandert oder abgeschoben worden. Über diesen Ausverkauf hinaus wird jetzt der akademische Nachwuchs drastisch dezimiert.

Schon jetzt ist Chile fast völlig abhängig von Technologieimporten aus der USA. Durch diese Maßnahmen wird die Ab-

hängigkeit Chiles für eine weitere Generation festgeschrieben und darüber eine Rückentwicklung zur Kolonie in die Wege geleitet.

Diese wirtschaftlichen Gründe mögen entscheidend für die "Bildungspolitik" der Junta gewesen sein, dazu kommt jedoch noch, daß gerade die Studenten, Akademiker und Arbeiter in der Bevölkerung das Rückgrat der Unidad-Popular-Regierung bildeten.

Hier wird ohne Rücksicht auf Verluste ein Unruheherd "befriedet", der Schaden, der durch die Maßnahmen der Junta im Bildungsbereich eingetreten ist, läßt sich kaum noch beziffern.

Antifaschistische Plattform

Bei einer der kürzlich stattgefundenen, dreitägigen Zusammenkunft, der im Exil lebenden Parteei der "Unidad Popular" in Stockholm, wurde folgender Forderungskatalog gemeinsam verabschiedet.

1. Freiheit für alle politischen Gefangenen, Freiheit für alle "Verschollenen" und volle Amnestie aller Verurteilten.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes und aller anderen Einschränkungen der demokratischen Freiheiten.
3. Auflösung der DINA, der Gestapo Pinochets.
4. Bestrafung aller faschistischen Verbrecher.
5. Gewährleistung der Rückkehr aller Emigranten
6. Garantie für die Tätigkeit aller politischen Parteien.
7. Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen Rechte.
8. Volle Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheiten für alle demokratischen Organisationen.
9. Absicherung der Existenz von Justiztribunalen, die mit dem Terror der letzten Jahre in keiner Verbindung stehen und die legitimen Rechte der Person garantieren.
10. Demokratisierung der Armee und Wiederaufnahme aller demokratischen Militärs in deren Reihen.
11. Annullierung aller Verordnungen über die Juntaentschädigungen für nationalisierte Betriebe und Landgüter.
12. Gewährung der Rechte der Universitäten und Ausmerzung aller faschistischen Einflüsse im Bildungswesen.
13. Gerechte Verteilung des Nationaleinkommens und Sicherung günstiger Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse und die Mittelschichten.
14. Gewährleistung des Rechtes des Volkes, über die Zukunft des Landes zu bestimmen.

Wirtschaftspolitik in Chile

Der ökonomische und soziale Niedergang

Chiles Wirtschaft im Aufschwung - so lautet der Tenor ganzseitiger Anzeigen in verschiedenen deutschen Tageszeitungen. Was beabsichtigt die chilenische Junta mit dieser, für "teures Geld" gekauften Propaganda? Die Erklärung ist einfach. Potentielle Investoren deutschen Kapitals sollen von der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität Chiles überzeugt werden.

Wie aber sieht die Wirklichkeit, drei Jahre nach dem Putsch gegen Allende aus? Nicht nur durch nackten Terror - Verhaftungen, routinemäßige Folter und Mord - wird die Bevölkerung unterdrückt. Auch die wirtschaftspolitischen Experimente der Militärs zeigen verheerende Folgen für die breiten Schichten des chilenischen Volkes.

Mit einer, in der neueren Geschichte einzigartigen "Schocktherapie" staatlicher Ausgabenkürzungen ist die Wirtschaft bewußt in eine tiefe Depression getrieben worden. Radikale Beschneidung aller Sozialleistungen, Massenentlassungen von Staatsbeamten und Ausverkauf staatlicher Betriebe zu Ramschpreisen haben das Brutto-Inlandsprodukt auf den Stand von vor zehn Jahren zurückgeworfen. Die Inflationsbekämpfung, auf die die Junta all ihre Kräfte konzentriert, hat bei dieser Geldentwertungsrage von 340% im Jahre 1975 ihr Ziel verfehlt. Die sozialen Kosten dieser Politik sind: Arbeitslosigkeit, steil ansteigende Kindersterblichkeit und Realeinkommensverluste der Bevölkerung, die selbst den ehemals gehobenen Mittelstand unter das Existenzminimum gedrückt haben.

1. Wechsel der für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen

Im Jahre 1975 machte sich eine Verschiebung in der Führung der Wirtschaftspolitik in Chile bemerkbar. Die direkte Verantwortung für diese Politik verlagerte sich von den Junta-Mitgliedern auf ausländische und einheimische Spezialisten, deren wirtschaftswissenschaftliches Gedankengut von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der University of Chicago geformt worden war.

Während die Mitglieder der Junta sich vorrangig auf die Unterdrückung und die Verwaltung der mit ihr zusammenhängenden Organe spezialisiert haben, wurden alle öffentlichen Posten, die direkt oder indirekt mit den wirtschaftlichen Entscheidungen zu tun haben, unter den sog. chilenischen "Chicago Boys" verteilt.

2. Anwendung der "Schock-Methode"

Der Einfluß der Chicago-Schule ist hierbei mehr als deutlich: in den ersten Märztagen 1975 besuchte Milton Friedman erstmals Chile.

Seine Empfehlungen waren ebenfalls deutlich: man solle die Politik der "stufenweisen" Stabilisierung verlassen und diese durch eine sog. "Schockmethode" ersetzen.

Die Diagnose der chilenischen Situation durch das Regime ist nicht zu komplex. Problem: Inflation; Entstehungsweise: Geldmengen; Hauptursache: Staatsdefizit.

Demzufolge wurde im Laufe des Jahres 1975 eine drastische Senkung der Staatsausgaben vorgenommen.

3. Inflation

Zum zweiten Mal, wie im Jahre 1974 lag die Inflationsrate 1975 weit von der Vorberechnung der Junta entfernt. Ende 1973 rechnete die Junta mit einer Inflation von 80% für 1974. Die Inflationsrate betrug nach offiziellen Angaben 375,9%. Für 1975 hatte die Junta Ende 1974, wie schon erwähnt, eine Preissteigerung um 50% berechnet. Die reale Inflationsrate betrug nach offiziellen Angaben im Jahre 1975 340,7%.

Unter diesen Bedingungen im heutigen Chile ist die Situation für die Arbeiter besonders schwerwiegend: sie haben kein Streikrecht und kein Recht mehr ihre Forderungen darzulegen; im Gegenteil die Unternehmer haben volle Freiheit, ihre Arbeiter zu entlassen. Diese Situation hat im Rahmen des allgemeinen Rückganges der chilenischen Volkswirtschaft durch die große Arbeitslosigkeit dazu geführt, daß die Einkommenskategorien sich nach unten verschoben haben und zum Minimum tendieren.

4. Schlußfolgerungen

Wie bereits erwähnt, sind alle Bemühungen der Junta darauf ausgerichtet, den in- und ausländischen Beobachter zu überzeugen, daß die Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik an den Veränderungen des Preisindex zu messen sind. In der Absicht Chile für ausländische Investoren interessant zu machen, haben die chilenischen Botschaften ausschließlich optimistische Kommentare in der Presse der verschiedensten Länder herausgegeben.

Dazu muß man sagen, daß selbst bei einer engstirnigen Sicht der Inflationsrate die Ergebnisse alles andere als "zufriedenstellend" sind: am Weltmaßstab gemessen, hat Chile immer noch eine Rekordinflationsrate und konnte nicht einmal eine niedrigere Inflationsrate als Argentinien erreichen, dessen politische und wirtschaftliche Lage am chaotischsten in Lateinamerika ist. Der geringe Rückgang der Inflation im ganzen Jahr 1975 ist so unbedeutend, daß er die Unfähigkeit der Junta, die Inflation unter Kontrolle zu bringen, noch deutlicher macht. Diese Tatsache läßt jeden an der Richtigkeit der Junta-Erklärungen über den theoretischen Ursprung der chilenischen Inflation zweifeln.

Es gibt jedoch andere Fakten, die viel wichtiger als die bloße Beobachtung der Inflationsrate sind. Die Berücksichtigung der Kosten ist bei jeder wirtschaftlichen Analyse eine prinzipielle Frage.

Die Kosten des "Stabilisierungsversuches" der Junta könnte man wie folgt klassifizieren:

- direkte Kosten d.h. weniger oder keine Nahrungsmittel, weniger oder keine Kleidung, weniger oder keine ärztliche Versorgung und weniger oder keine Erziehungsmöglichkeiten.
Die Bevölkerung muß hierfür "sofort und in bar" bezahlen, obwohl die betreffenden Auswirkungen auch noch für die nächsten Generationen spürbar sein werden. Es liegt auch auf der Hand, daß der Anteil an diesen Kosten nicht für jeden Bürger gleich ist, insbesondere nicht für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Im Gegenteil - diese Schichten tragen den Hauptteil der Kosten dieses Versuches.
- langfristige Kosten, die aus der Stilllegung der Volkswirtschaft resultieren. Obwohl die Rezession im Jahre 1975 ihren tiefsten Stand erreicht hat, gibt es keinen Hinweis auf einen Aufschwung der chilenischen Volkswirtschaft für das Jahr 1976, da das Produktionsniveau 1975 unter dem Niveau des Jahres 1975 lag.

Die chilenische Diktatur hat in diesen zwei Jahren etwas gelernt. Sie hat z.B. gelernt, die Diskussion über die Kosten zu umgehen und ihre gesamte Propaganda auf die Preise auszurichten, obwohl sie nicht einmal auf diesem Gebiete ihre Versprechungen erfüllen konnte. Die an diesem Experiment interessierten Gruppen werden wahrscheinlich in Zukunft immer mehr der Propaganda der Junta folgen wollen und werden das Regime nach dem Inflationsindex beurteilen.

Dieser Standpunkt ist falsch. In Chile herrscht heute eine gnadenlose Ausbeutung einer Bevölkerung, die sich nicht verteidigen kann und die diese für sie schwerwiegenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise akzeptieren muß. Heute sind die Reichen in Chile reicher denn je und die Armen ärmer denn je. Sogar, wenn ein gewisses wirtschaftliches Wachstum wieder eintreten sollte, werden die Wunden der heutigen Unterernährung an den chilenischen Kindern nicht mehr zu heilen sein. Das Leben dieser Kinder ist für immer gebrandmarkt.

Bis zum Jahre 1973 hatte Chile große Fortschritte auf allen sozialen Gebieten gemacht. Seit dem Bestehen der Junta ist ein deutlicher Rückgang, der zu einer hoffnungslosen Unterentwicklung zurückführt, sichtbar geworden.

Die Angaben über die wirtschaftliche und soziale Lage in Chile sind heute eher noch ungünstiger als für die vorangegangenen Jahre. Die Dokumentation hat somit noch ihre volle Aussagenkraft.

BOLIVIEN

Größe: 1 099 581 km² (fast zweimal so groß wie Frankreich)
Einwohnerzahl: ca. 4.500.000

Im Laufe seiner Geschichte im Pazifik-Krieg (1879-1884) vom Zugang zum Pazifik und im Chaco-Krieg (1932-1935) vom Stromnetz des Amazonas und des La Plata abgeschnitten.

Geographische Struktur von Westen nach Osten:

1. Altiplano-Hochebene zwischen zwei Andenzügen (in 4 000 m ü.M.) Minengebiet und Kartoffelanbau.
2. Die Hochtäler (3 000 - 1 000 m ü.M.); landwirtschaftliche Nutzung: Mais u.a. Getreide, in den tiefsten Tälern Coca und tropische Früchte
3. Die östliche Tiefebene (unter 400 m ü.M.) tropische Wälder, Bananen, Viehzucht und in den bebauten Gebieten Reis, Zuckerrohr und Baumwolle.

Zwei Drittel des Gebietes sind praktisch unbesiedelt: starke Bevölkerungskonzentration in La Paz, Hauptstadt, und Santa Cruz

Bevölkerung:

Ca 70 % Indios, die ausschließlich die billigen Arbeitskräfte im Bergbau und in der Landwirtschaft stellen.
Ca. 20-25 % Mestizen, die das Gros des städtischen Kleinbürgertums stellen (Beamte etc.)
Ca. 10 % Kreolen (Europäer), die den Großteil der Bourgeoisie stellen.

Bolivien lebt vom Verkauf seiner Bodenschätze an das Ausland, die Zinnausfuhr machte 1967 allein schon 62 % des Gesamtexportes aus. Von einem reichen Land zu reden ist jedoch reine Ideologie, denn die beträchtlichen Reichtümer (Viehzucht, Landwirtschaft, Energie, Zinn, Erdöl und Erdgas) werden nur zu einem verschwindend geringen Prozentsatz ausgebeutet.

Das Pro-Kopf-Einkommen von ca. 158,-- DM '68 (Frankreich: 2530/ USA 4300) legt davon Zeugnis ab. Insofern ist Bolivien mit seinem Nationaleinkommen zu den ärmsten Ländern der Erde zu rechnen.

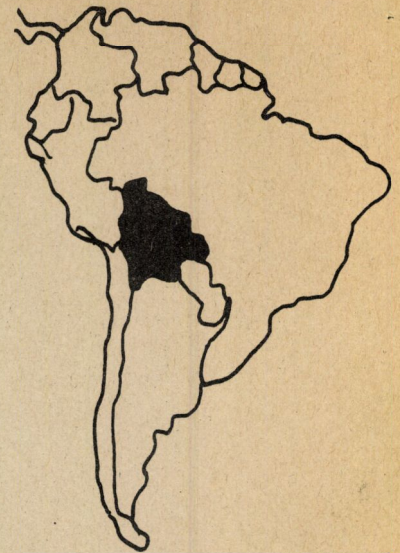
Die Alterserwartung beträgt 1968 40 Jahre! 60 % Analphabetentum. Von 1000 Bolivianern beenden 4 ein Hochschulstudium; die Intelligenz wandert aus. Insgesamt sind mehr als 500.000 Bolivianer im Ausland.

Als ein ausführliches Beispiel für den Kampf lateinamerikanischer Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Diktaturen sei hier die CH RONIK DES WIDERSTANDES IN BOLIVIEN genannt :

CHRONIK DES WIDERSTANDES IN BOLIVIEN (hrsg. vom Zentralen Gewerkschaftsbund Bolivien)

In dem Augenblick, in dem die Diktatur die Macht übernommen hatte, entzog sie der zentralen Bolivianischen Arbeitervereinigung (C.O.B.) sämtliche Befugnisse und ihren rechtlichen Status und entmachtete sie, griff dabei entschieden und militant in die Strukturen sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen ein, indem sie in die Bezirke, Unterbezirke und Syndikate Personen delegierte, die einzig und allein den Interessen der Diktatur dienen. So wurden die von früheren Kongressen gewählten, rechtmäßigen Vertreter ausgewechselt und ersetzt, damit das verfassungsmäßig abgesicherte Recht auf gewerkschaftliche Organisation aufgehoben und alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse beiseitegelegt.

Die Militärs bemächtigten sich in gleicher Weise der Gewerkschaftsorganisationen der Landarbeiter (Campesinos), indem sie selbsternannte Vertreter mit dem Titel "Koordinatoren" in diese Organisationen hineinsetzte. Der Pakt zwischen Militärs und Landarbeiterschaft wurde mit dem Maschinengewehr erzwungen und mit Hilfe von diskreditierten Personen, die schon bei früheren Gelegenheiten von der Basis der Campesinos scharf zurückgewiesen worden waren, und die entspre-



chend nicht in der Lage waren, irgendeinen Einfluß oder eine Kontrolle auszuüben. Ein Beweis dafür sind die Januarereignisse des Jahres 1974, als die Campesinos in einer nationalen Mobilisierungskampagne gegen die Diktatur, insbesondere gegen die bewußt verzögerten wirtschaftlichen Maßnahmen, protestierten und alle Straßen des Landes blockierten. (Bei dieser Gelegenheit sind Hunderte von Campesinos den Bomben und Maschinengewehren des Militärs zum Opfer gefallen.)

Mit ähnlichen Maßnahmen wurde die studentische und universitäre Reformbewegung unterdrückt. Die Bolivianische Universitätsvereinigung (C.U.B.) wurde verboten, die Autonomie der Universitäten aufgehoben und die Universitäten für mehr als eineinhalb Jahre geschlossen. Die politischen Parteien wurden verboten; die Diktatur übt eine massive Schreckens- und Unterdrückungsherrschaft aus. Die Kasernen sind zu Zentren der Folter und des Mordes geworden; Konzentrationslager werden errichtet, die sich "ständige Aufenthaltsorte" nennen, kurz: Alle demokratischen Rechte und Freiheiten sind aufgehoben, Tausende sind verhaftet, die Zahl der standrechtlich in den Kasernen oder in anderen Folterzentren Erschossenen ist ungeheuer; für Tausende von Bürgern ist das Exil unausweichlich.

An dieser massiven Unterdrückungspolitik sind der militärische Geheimdienst Brasiliens, der CIA und das Pentagon mit ungezügelter Unverschämtheit beteiligt. Das Pentagon hat im Jahre 1972 den Militärs eine erhebliche Finanz- und Waffenhilfe zukommen lassen; der CIA unterstützt ständig sowohl Bolivien als auch die Militärdiktatur in Brasilien. Wenn auch ohne Zweifel die Existenz dieses monströsen und blutgierigen internationalen Unterdrückungsapparats schwer auf der Arbeiterklasse und auf dem bolivianischen Volk insgesamt lastet, so verschwindet dennoch zu keinem Zeitpunkt der energische Widerstand der Bolivianer gegen das Militärregime und seine Helfershelfer. Der Widerstand in Bolivien wird in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie die Handlungsfähigkeit und Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Bewegung, der studentischen und universitären Bewegung und die aller anderen politischen Organisationen wiederhergestellt sein werden.

Opposition, Widerstand und Ablehnung des existierenden Regimes haben stattgefunden und finden ständig statt, jedoch werden sie zielbewußt geschwächt und gestört, weil das diktatorische Regime noch nie - auch nur für einen Tag - über politische Stabilität verfügte, noch je darüber verfügen wird.

Die gewerkschaftliche Bewegung hat nach ihrer verbrecherischen Strangulierung im Jahre 1971 Schritt für Schritt und unter vielen Opfern in unterschiedlichen Phasen der Reorganisierung ihre Handlungsfähigkeit wiederhergestellt. Das beginnt mit Aktivitäten mit dem Ziel von Lohnerhöhungen; verschiedene lokale und nationale Streiks haben stattgefunden.

Von 1971 bis November 1974 herrschte ein sehr intensiver Kampf, in dem mit allen Mitteln die Ausübung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation wiederzuerlangen versucht wurde. Die von der Diktatur verordneten Koordinatoren wurden abgelehnt, die Arbeiter präsentierten Delegierte der Basis als die einzigen rechtmäßigen Interessensvertreter. Die Koordinatoren treffen sich, ohne de facto irgendeinen Einfluß auf die Arbeiterbewegung gewinnen zu können und ohne Handlungsmöglichkeit. Angesichts solchen Sachverhalts gibt es für das Militärregime keine andere Alternative als Wahlen - allerdings äußerst kontrollierte - zuzugestehen, in der Annahme, daß auf diese Weise und unter Investierung erheblicher finanzieller und militärischer Hilfsmittel die Lakaien der Diktatur die Wahlen gegen die gefang gehaltenen oder exilierten rechtmäßigen Vertreter der Arbeiterklasse gewinnen könnten.

So sollte im nachhinein die Machtübernahme des Militärs ihre Legitimation durch derart kontrollierte Wahlen erhalten. Die Wahlergebnisse jedoch fielen anders aus, als erwartet und geplant: Es zeigte sich deutlich, daß die gewerkschaftlichen Forderungen in der Tat die wahren

Überzeugungen der Arbeiterklasse ausdrückten. Von den Regimekandidaten konnte keine einzige gewerkschaftliche Position erobert werden. Im Gegenteil zeigte es sich, daß viele der rechtmäßigen Vertreter der Arbeiterklasse, die entweder im Gefängnis oder im Exil waren, in ihren Ämtern bestätigt wurden.

Generell wurde deutlich, daß bei allen gewerkschaftsbezogenen Ereignissen der Zusammenhalt mit der Zentralen Bolivianischen Arbeitervereinigung ständig zunahm. Damit lag aber auch die deutliche Forderung nach einer uneingeschränkten Wiederzulassung der Gewerkschaften auf dem Tisch. Vor diesem Wahldebakel hat die Militärdiktatur die von ihr einzig praktizierende Methode, nämlich die der Repression, an den rechtmäßig gewählten Vertretern der Arbeiterschaft in extenso ausgeübt: Viele Vertreter sitzen im Gefängnis, sind ermordet worden oder leben im Exil.

Von August 1971 bis November 1974 hat sich ein sichtbarer Wandel der politischen Situation Boliviens vollzogen. Viele militärische und bürgerliche Anhänger der allmächtigen faschistischen Diktatur von 1971 sind in Ungnade gefallen oder Opfer ihres eigenen Unterdrückungsapparates geworden. Das Regime selber befindet sich in einem Zerfallprozeß, der Zusammenhalt schwindet zusehends.

Genauer:

Der Beamten- und Militärapparat (besonders letzterer, der als eigentlicher Träger dieser Regierung betrachtet werden muß) hat in diesem Augenblick, in dem die Reorganisierung der Gewerkschaften, der Studenten- und Universitätsbewegung und anderer politischer Gruppen in ein aktives Stadium getreten ist, bei vielerlei Gelegenheiten Kampfinitiativen gegen die Diktatur, wenn auch beschränkte, entfaltet. Angesichts der existierenden Repression ist dies als Triumph des Volkes zu werten!

Kennzeichen der gegenwärtigen Lage sind die fortschreitende Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung, die außergewöhnlichen Beiträge zur Wiedererlangung der Macht der C.O.B., Handlungen in Richtung der Wiederherstellung der von der Verfassung gewährten Rechte und die ständig sich erweiternde Opposition gegen die Diktatur. Dazu kommen: die Erklärungen der bolivianischen Kirche über das nationale Episkopat und vor allem die Ergebnisse der von der UNO eingesetzten Kommission zur Sicherung des Rechtes und des Friedens ("Menschenrechtskommission") die in ihrem Bericht die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten und Garantien fordert.

Hier wird, belegt durch ausführliches Datenmaterial, die vielfältige Form von Terror- und Gewaltanwendung dokumentiert, die dieses Regime gebrauchen muß, um sich an der Macht zu halten.

Von der eben skizzierten Situation hatte Banzer öffentlich erklärt, im Jahre 1975 werde man hinlänglich belehrt sein, wenn das Volk seine Regierung demokratisch gewählt haben werde. Das gleiche wird er nicht erneut fordern. Die damalige Erklärung fällt zusammen mit einer Krise des Kabinetts Banzer, dessen Minister alle von den Militärs bestimmt waren.

Die Krise zeigte sich darin, daß einer der Stimmführer des Kabinetts, der General Juan Lechin Suarez, erklärte, die Streitkräfte seien entmutigt und wünschten nichts sehnlicher, als in die Kasernen zurückzukehren; alles in allem könne lediglich dieses existierende Militärkabinett als Garant zukünftiger Wahlen verstanden werden.

Am 8. Juli 1974 ist dann der Nationalrat für Strukturreformen gebildet worden mit der besonderen Aufgabe, die versprochenen Wahlen vorzubereiten.

Durch diese Wahllankündigung täuschte die Diktatur vor, sie käme den Ansprüchen des Volkes auf Demokratisierung entgegen; in Wahrheit war das Regime daran interessiert, mit Hilfe dieser Ankündigung der ständig wachsenden Welle von Unzufriedenheit, insbesondere im Lager der regimeorientierten Streitkräfte, die sich in verschiedenen revolutionären Verschwörungen ausdrückte, das Wasser abzugraben, diese Aktion zu spalten und ihrer Führung zu berauben. Die Ankündigung

allerdings bewirkte durchaus nicht, was sich die Diktatur von ihr versprochen hatte. Das Ergebnis war im Gegenteil eine enorme Verschärfung der inneren Krise des Regimes vor allem bei den es tragenden Kräften, insbesondere den Streitkräften.

(Man muß sich vor Augen halten, daß viele Generäle in Bezug auf die Wahlen ihre eigenen Kampagnen initiiert hatten, daß weiter viele Militärs, zu kooperativem Handeln unfähig, sich in einem gegenseitigen Grabenkampf innerhalb der Streitkräfte einließen, daß darüber hinaus Unstimmigkeiten und Denunziationen zwischen den verschiedenen regimeorientierten Gruppierungen innerhalb der Armee aufbrachen, da jede Gruppe das Ziel verfolgte, ihren eigenen General durchzubringen.)

Nach außen machte die Wahlankündigung das Ausmaß der Isolation des Regimes deutlich. Die Ankündigung bewirkte, daß diese Isolation vom Volke öffentlich und zwar international diskutiert und kommentiert wurde. Banzer hat sich bekanntlich darüber beschwert, daß sich die Privatunternehmen, die ihm doch so viel zu verdanken hätten, nicht in diese öffentliche Diskussion eingeschaltet und für ihn und seine Politik Partei ergriffen hätten.

Das bolivianische Volk hat durch alle seine Organisationen signalisiert, daß es eine Wahlkonfrontation nicht fürchtet, insbesondere dann nicht, wenn die verfassungsmäßigen Garantien und Rechte eingehalten werden. Dieses Signal und die erwähnte innere Krise zeigten Banzer und seinen Helfershelfern deutlich, daß sie sich von der Wahl nicht das geringste zu erhoffen hatten.

Auf den Hintergrund solch düsterer Zukunftserwartungen hat die Diktatur am 9. November 1974 die versprochenen Wahlen abgesagt und die Verlängerung des Militärregimes vorläufig bis 1980 verfügt. Diese Entscheidung ist mit einem Dekret verbunden, nach dem alle gewerkschaftlichen, studentischen-universitäten und professionellen Organisationen, sowie alle politischen Parteien verboten sind und allen gewählten gewerkschaftlichen Vertretern das Mandat entzogen ist.

Artikel 12 des o.g. Dekrets sagt wörtlich:

"Bis die gewerkschaftlichen, studentischen und universitären Vereinigungen sich im Einklang mit dem von der Nationalen Regierung für sinnvoll erklärten Normen reorganisiert haben, wird die Einbeziehung der Mandate der Vertreter aller o.g. genannten Organisationen angeordnet, womit gleichzeitig untersagt bleiben: Streiks, Arbeitsniederlegungen, Aussperrungen und jegliche Form der Lähmung oder Aussetzung von Produktions- und Arbeitsaktivitäten."

Dieses Dekret wird ergänzt durch ein weiteres Dekret, das einen öffentlichen Zivildienst für den Staat für jeden Bolivianer zur Pflicht macht. Artikel 60 dieses Dekrets sagt aus, daß diejenige Person, die es ablehnt oder Widerstand dagegen leistet, eine angewiesene Mission oder Aufgabe oder die von ihr von Verantwortlichen vorgeschriebenen Dienste zu erfüllen, mit zwei Jahren Sicherheitsverwahrung oder mit Ausweisung aus dem Lande bestraft wird. Gegen diese höchststrichterliche Entscheidung kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden.

Mithilfe dieses Dekrets interveniert die Diktatur nun wiederum bei den gewerkschaftlichen Organisationen und nominiert dieses Mal Koordinatoren, wobei viele vom Arbeitsminister nominierte bedeutende Vertreter der Gewerkschaftsbewegung mit großem Prestige und großer Einsatzbereitschaft sind. Diejenigen, die die Nomination ablehnen, werden nach dem Dekret als Vaterlandsverräter behandelt.

Die Zentrale Bolivianische Arbeitervereinigung (C.O.B.), die vor diesen vorsorglichen Maßnahmen des Regimes in diesem Land in enger Zusammenarbeit mit allen anderen Organisationen ihre Aufgaben wahrnahm, verkündete sofort den Generalstreik und erklärte ihren offensiven Widerstand gegen diesen Kurs des Regimes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Darüberhinaus sind alle Koordinatoren, die die zugewiesene Funktion akzeptierten, von der gesamten Arbeiterklasse abgelehnt worden; sie

konnten de facto keinerlei Kontrollfunktion in der Gewerkschaftsbewegung ausüben.

1975 fanden sogar nationale Streiks statt, bei denen die Regierung und insbesondere der Arbeitsminister keine andere Alternative hatten, als direkten Gesprächen mit den Delegierten der gewerkschaftlichen Basis zuzustimmen; die Koordinatoren blieben ohne jede Bedeutung.

Am 1. Mai 1975 ist die Einheit, Handlungsfähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse sowie der Studentenschaft im Kampf für noble und gerechte Ziele eindrucksvoll bestätigt worden.

Die Regierung hat es nicht gewagt wie bei früheren Gelegenheiten, den Demonstrationsmarsch am 1. Mai zu untersagen. In La Paz ist bei dem Marsch der Kompromiß angeboten worden, daß der Arbeitsminister Begleitet von seinen Koordinatoren an dem Marsch teilnimmt. Die Arbeiterklasse hat dies akzeptiert; während des gesamten Zuges waren der Minister und die Koordinatoren gezwungen, die auf den Transparenten und in Liedern formulierte Ablehnung der Arbeiterklasse mitzutragen, als dann das zentrale Ereignis sich näherte, bei dem der Minister und ein Koordinator das Wort zu einer Rede ergreifen sollten, ließ sich allgemeiner Lärm und Pfeifen gegen das Regime vernehmen, sodaß die beiden sich mit eingekniffenem Schwanz zurückzogen.

K o m m u n i q u é

Ein Brief von Victor Cuadros, Sekretär der Berg-
arbeitergewerkschaft Perus

Paris, 12. Aug. 1977

Genossen des Internationalen Komitees gegen die Unterdrückung,

In Kenntnis der wichtigen Rolle Ihres Komitees im internationalen Rahmen für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und die Menschenrechte in den verschiedenen Ländern der Welt und in meiner Funktion als Führer der Berg- und Metallarbeiter Perus, am 7. Juli 1977 von der Militärdiktatur des Morales BERMUDEZ nach Frankreich vertrieben, wende ich mich an Sie, um Sie über die Situation innerhalb meines Landes zu informieren, was die brutale Verletzung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und der Menschenrechte anbelangt, die die Diktatur gegen die arbeitende Klasse, das peruanische Volk, seine Gewerkschafts- und Massenorganisationen entfesselt.

1. Eine tiefe Wirtschaftskrise, die größte unserer Geschichte, geht über unser Volk nieder. Die Militärregierung will ihr mit Maßnahmen begegnen, die die elementarsten Rechte des Proletariats und anderer Teile des Volkes treffen; so wurden von 1975 bis heute verboten:

- a) - die freien Tarifverträge
- b) - das Streikrecht
- c) - das alljährliche Aufstellen von Forderungskatalogen
- d) - die freie Gewerkschaftsorganisation
- e) - die Arbeitsplatzsicherung

2. zu diesen Maßnahmen kann man die Verletzung der demokratischen Freiheiten hinzufügen; wie:

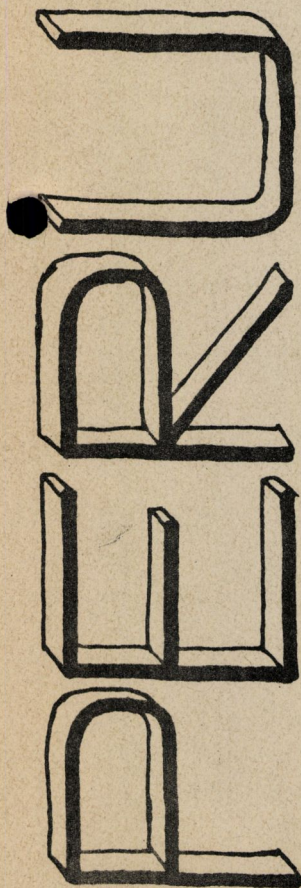
- a) Versammlungsfreiheit
 - b) Pressefreiheit
 - c) Persönliche Freiheit
 - d) Unverletzbarkeit der Wohnung
 - e) Habeas corpus
 - f) das Recht, nicht ohne juristische Grundlage aus dem Land getrieben zu werden
- usw.

Zu all diesen Verletzungen, die sich im allgemeinen Rahmen der Unterdrückung der verfassungsmäßigen Garantien seit Juli 1976 abgespielt haben, wurde in verschiedenen Städten des Landes die Sperrstunde in Kraft gesetzt: in Cuzco, Puro, Azequipa, Tacha, Huancayo, Trujillo, Cajarrerca, Ayacucho usw.

Am 9. Juni 1977 beschlossene Offensive haben die arbeitenden Massen durch große Mobilisierungen ihre Ablehnung ausgedrückt, die sich in verschiedenen Regionen des Landes vollzogen und die zugleich die Annullierung dieser Maßnahmen, die Wiederherstellung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Gewerkschaftsführer, die Rückkehr der exilierten Politiker und Demokraten und die Einstellung der Unterdrückung forderten.

Die Aktionen mit der größten Breite durch ihren einheitlichen Charakter war der allgemeine und nationale 24-Stunden-Streik vom 19. Juli.

4. Angesichts des wachsenden und jedesmal besser organisierten Kampfes der arbeitenden Massen hat die Militärdiktatur die Unterdrückung verstärkt, die Gewerkschaftsführer vertrieben: Julian Sierra CORRALES, Metallführer von Lima, und Hugo BLANCO, Bauernführer von Cuzco sowie gewerkschaftliche Anwälte: Ricardo Díaz CHAVEZ, Anwalt der Nationalen Bergarbeiter-Gewerkschaft und Jose Oma MEONO, Anwalt der Metallorganisation von Lima, meine am 6. Juli vollzogene Ausbürgerung, nachdem ich zwei Wochen im Gefängnis saß.



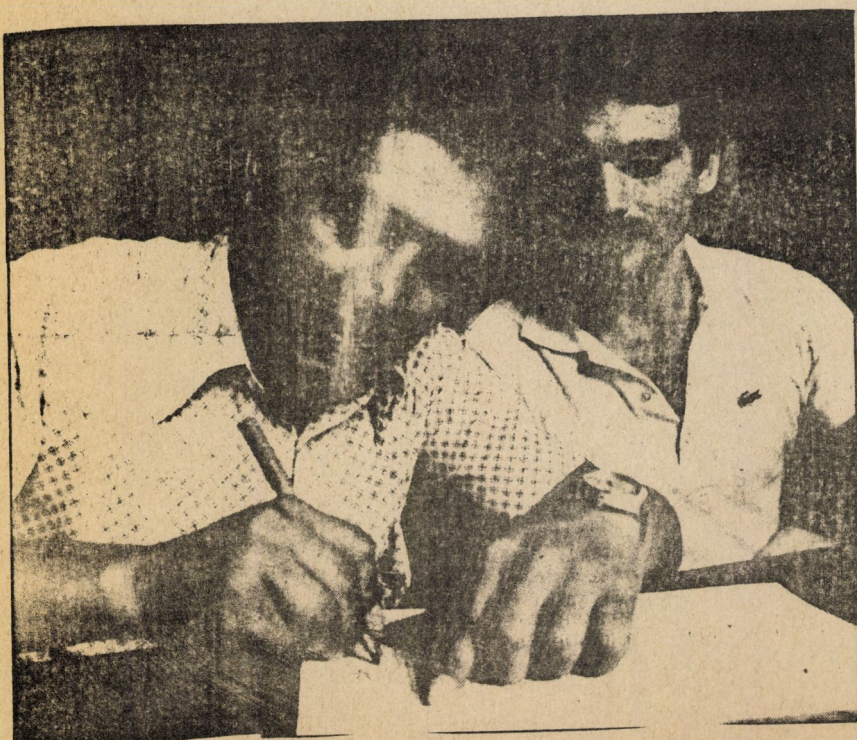
5. Seit dem Generalstreik vom 19. Juli haben die Bergarbeiter von Centromin - beginnend mit dem 25. Juli - und die Bergarbeiter von Toquepala - beginnend mit dem 3. August- den unbegrenzten Generalstreik beschlossen. Die Regierung hat auf diesen neuen Kampf der Arbeiterklasse mit der Besetzung der Minen durch die Armee und mit der Festnahme mehrerer Arbeiter und Arbeiterführer geantwortet.

6. Als Bilanz der gigantischen Unterdrückung durch die Militärdiktatur haben wir Tausende von entlassenen Arbeitern und die Besetzung praktisch aller Gewerkschaftsbüros durch die Polizei, die polizeiliche Verfolgung aller demokratischen Kämpfer und Funktionsträger, unter ihnen Genaro LEDEMSA Izquieta, Mitglied des Internationalen Komitees gegen die Unterdrückung, desgleichen befinden sich Hunderte von Gewerkschaftsführern in den Gefängnissen des Landes, und die Regierung hat es so weit getrieben, die Frauen der Funktionäre zu verhaften, wie es der Fall ist bei meiner Gattin Elva Cohaila de CUADROS, die seit dem 6. August in Tacma verhaftet ist.

Unter den bedeutendsten Gewerkschaftsführern, die die Militärdiktatur verhaftet hat:

- Eduardo Castillo SANCHEZ, Generalsekretär der CGTP (allgemeiner Arbeiterbund Perus)
- Viktor Canchez ZAPATA, Generalsekretär der CNT (Nationaler Arbeiterbund Perus)
- Augustin PONCE, Sekretär der Organisation des Elektrizitätsarbeiterbundes
- Magda Benavides de BORDO, Gewerkschaftsführerin der Kreditbank Perus

Aufgrund der ausgeführten Tatsachen wende ich mich an Sie mit der Absicht, eine Stellungnahme Ihrerseits und durch eine permanente Kampagne zur Aufrüttelung der öffentlichen Meinung ein solidarisches Handeln mit dem Kampf der arbeitenden Klasse und des Volkes von Peru gegen die Unterdrückung durch Morales BERMUDEZ zu erreichen, eine Kampagne, die die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten fordert, die Befreiung der politischen Gefangenen, die Rückkehr der exilierten demokratischen Kämpfer und Funktionsträger, die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und die Respektierung der Menschenrechte. Festzuhalten ist, daß der Verfasser dieses Briefes die Bedeutung der internationalen Solidarität in dem Moment erfahren hat, als er sich im Konzentrationslager EL SEPA (Peruanisches Amazonasgebiet) von Dezember 1975 bis April 1976 mit anderen Gewerkschaftsführern und -anwälten befand und wir den Ausdruck der Solidarität der wichtigsten Organisationen Frankreichs und anderer Länder Europas erfuhren, was positiv und in entscheidender Weise zu unserer Befreiung beitrug.



Victor Cuadros Paredes

Mit brüderlichen Grüßen

Viktor Cuadros Paredes
Generalsekretär der Nationalen
Minen- und Metallarbeiterge-
werkschaft Perus

Unterdrückung und Folter

Elektroschocks:

Wenn man bei einem Verhör nicht das erzählt, was sie hören wollen, werden die Spannungen an den Genitalien, dem After, am Mund, am Kopf, an den Augen, an den Ohren, an den Nieren und am Herzen wiederholt erhöht. Häufig werden auch die Fußsohlen unter Strom gesetzt, was sich dann wie Nadelstiche anfühlt. Oft legt man die Spannung auch direkt an die Kopfhaut, die dann unwillkürliche Bewegungen und Zuckungen verursacht. Trotz verbundener Augen tauchen dann Flammen und Lichter auf. Diese Handlungen werden ständig wiederholt, bis sie 'das Gehirn verderben'. Man wird bewußtlos, und nach Tritten in die Leber kann das Verhör fortgesetzt werden.

Das U-Boot:

Man bekommt zwei Kapuzen über den Kopf gestülpt, die so schwer sind, daß man angestützt werden muß, um nicht umzufallen. Man bekommt kaum Luft und ein Angstgefühl beherrscht die Psyche. Dann wird man in einer Tonne unter Wasser getaucht und kann kaum atmen, da die Kapuzen am Hals hermetisch abgeschlossen sind. Nach einiger Zeit werden sie geöffnet, damit man atmen kann, und sie mit dem Verhör fortsetzen können.

Hygiene und Kleidung:

Erst nach 15 Tagen kann ein Bad genommen werden, während schon die Exkremente an der Haut und in der Nase haften, die zusammen mit dem Unterhemd das einzige Kleidungsstück ist.

Eine andere Methode:

Man muß nackt auf einer dünnen, viereckigen, verrosteten Eisenstange sitzen, die zwischen den Beinen und den Hoden steckt. Mit den Händen muß man sich hinter dem Rücken an ihr festhalten und balancieren, da die Beine nicht bis auf den Boden reichen. Eine Kapuze auf dem Kopf, den Hals in einer Schlinge; so muß man ein bis zwei Tage, oder länger sitzen. Fällt man vor Schwäche herunter, so erhängt man sich zwangsläufig.

Folter in Uruguay



amnesty international hilft Menschen, die aus religiösen, politischen oder rassistischen Gründen unterdrückt, verfolgt oder gefoltert werden.

ai

Unruhen in Kolumbien

-22-

15 Tote, 120 Verletzte, 4000 Menschen festgenommen

BOGOTA (ap). Trotz einer allgemeinen Beruhigung der Lage nach Ausrichtung eines ganztägigen Generalstreiks durch die Gewerkschaften in Kolumbien ist es auch in der Nacht zum Freitag vor allem in den ärmeren

Stadtvierteln der Hauptstadt Bogotá erneut zu vereinzelt Ausschreitungen gekommen. Mehrere Geschäfte waren wiederum Ziel von Plünderungen und Brandstiftungen. Das nächtliche Ausgangsverbot wurde von den gegen die hohe Inflation und für Lohnerhöhungen Protestierenden teilweise mißachtet. Bis in die frühen Morgenstunden wurden auch immer wieder Angriffe auf öffentliche Verkehrsmittel und Militärfahrzeuge gemeldet.

Seit Beginn des Generalstreiks am Mittwoch sind nach Angaben der Behörden vom Freitag 15 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 120 verletzt worden. Rund 4000 Personen wurden festgenommen. Der kolumbianische Präsident Alfonso Lopez ordnete im Rahmen des im Oktober 1976 verhängten Ausnahmezustandes für die Festgenommenen Freiheitsstrafen von 280 Tagen Dauer an.

Brasiliens Arbeiter melden sich zu Wort

Von Horst Heinz Grimm, Sao Paulo
In der gegenwärtigen Diskussion um die Entwicklung Brasiliens zur Demokratie erhebt nun auch die Arbeiterklasse ihre Stimme. Im Bundesstaat Sao Paulo fordern die Regionalgewerkschaften der Metallarbeiter von der Regierung nicht nur 34,1 Prozent mehr Lohn, sondern auch gewerkschaftliche Rechte wie direktes Verhandeln von Löhnen mit den Unternehmern und Streikrecht.

Der ungewöhnlich hohe Prozentsatz der Lohnforderung überrascht nicht. Die Gewerkschaften wiesen aufgrund eigens erarbeiteter Zahlen nach, daß der Wirtschaftswunderminister Delfim Neto 1973 die tatsächliche Steigerung der Lebenshaltungskosten für die Statistiken herabsetzte, um für die aus dem Amt scheidende Regierung Emilio Medici ein günstiges Bild zu hinterlassen.

Obwohl nach dem Gesetz die jährlichen Lohnerhöhungen aufgrund der Inflationsrate plus einem Anteil am allgemeinen Produktivitätszuwachs festgesetzt werden sollen, bleiben die Bezüge nach Auffassung der Gewerkschaften tatsächlich unter dem Niveau des Zuwachses der Lebenshaltungskosten.

In Gesprächen mit Gewerkschaftsführern lehnten Regierung und Unternehmer bereits die Forderung mit dem Hinweis ab, eine solche Erhöhung würde nur die Inflation anheizen. Überdies seien die Zahlen nicht korrekt, denn die Lohnsteigerungen hätten immer über den Lebenshaltungskosten gelegen.

Weiter Folterungen in Chile

NEW YORK, 25. Oktober (dpa). Unabhängige Sachverständige sind in einem Untersuchungsbericht für die UN-Vollversammlung zu dem Schluß gelangt, daß Chile nach wie vor gegen die Menschenrechte verstößt, das Ausmaß dieser Verstöße aber durch Maßnahmen der Regierung in Santiago reduziert wurde. In dem am Montag in den Vereinten Nationen veröffentlichten Bericht heißt es, die Sachverständigengruppe sehe sich „angesichts der Informationen und Berichte“, die sie erhalten habe, „außerstande festzustellen, daß der Respekt für die Menschenrechte (in Chile) wiederhergestellt worden ist“. Es müsse im Gegenteil auf „einige kritische Bereiche“ hingewiesen werden, in denen „Verletzungen der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten, in einigen Fällen in systematischer und institutionalisierter Form, eine beunruhigende Situation in Chile erkennen lassen“. Folterungen und andere Formen von grausamer und entwürdigender Behandlung von Häftlingen gehörten nach wie vor zu den Methoden des Regimes in diesem Lande. Die Zahl der Verhaftungen hätte aber abgenommen. FR, 26. 10. 77

Die Welle der Gewalttaten in Argentinien setzt sich fort

BUENOS AIRES, 23. März (dpa/AP). Die Welle der Gewalttaten in Argentinien setzt sich fort. Bei Anschlägen in den Städten Mar del Plata und Bahia Blanca kamen am Wochenende zehn Menschen ums Leben. Rechtsextreme kapuzentragende Terroristen haben ebenfalls am Wochenende in der 20 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegenen Stadt Temperely einen politisch links stehenden Gemeindevertreter und sieben seiner Freunde entführt und mit Maschinengewehren niedergemacht.

FAB

Italienische Gewerkschaften für Chile-Boykott

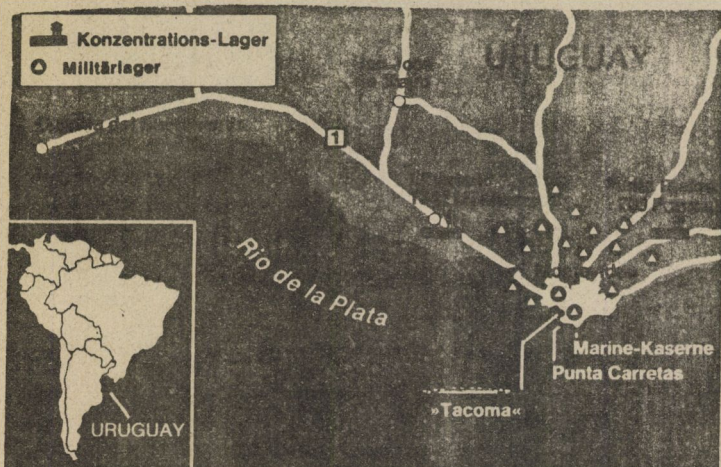
ROM, 29. September (AFP). Die drei größten italienischen Gewerkschaftsverbände haben ihre Entschlossenheit

bekräftigt, den Boykott chilenischer Waren und vor allem der Kupferlieferungen aufrechtzuerhalten. Im Verlauf einer Gewerkschaftskundgebung in Rom, an der auch zahlreiche im Exil lebende chilenische Politiker und Gewerkschafter teilnahmen, appellierte der Präsident der chilenischen Christdemokraten, Leighton, an die Einheit aller politischen Kräfte seines Landes im Exil.

SPD-Abgeordnete: Uruguay soll Menschenrechte achten

h Bonn, 5. Oktober. Die Einreiseerlaubnis für eine internationale Untersuchungskommission, die die Haftumstände von politischen Gefangenen in Uruguay prüfen soll, haben am Dienstag 41 SPD-Bundestagsabgeordnete in einem offenen Brief an den Wirtschafts- und Finanzminister von Uruguay, Valentin Arismendi, gefordert. Arismendi hält sich gegenwärtig zu Wirtschaftsverhandlungen in Bonn auf. In dem Schreiben weisen die Parlamentarier den Minister auf „die groben Menschenrechtsverletzungen in Ihrem Land“ hin. Mehr als 6000 politische Gefangene seien in Gefängnissen, Konzentrationslagern und Kasernen Uruguays eingekerkert. Die meisten davon würden noch immer brutal gefoltert.

Die Bundesrepublik habe sich zum wichtigsten europäischen Handelspartner Uruguays entwickelt. „Bevor wir Sie als Gast in der Bundesrepublik willkommen heißen, sollten Sie deutlich machen, daß Ihr Land auf den Weg zum demokratischen Rechtsstaat zurückfindet“, schreiben die SPD-Abgeordneten. Sie fordern Arismendi unter anderem auf, alle Namen von politischen Gefangenen sowie deren gegenwärtigen Aufenthaltsort zu veröffentlichen und entsprechend der uruguayischen Verfassung allen politischen Gefangenen, die statt Inhaftierung das Exil wählen, die Ausreise zu garantieren. FR, 6. 10. 77



Der kleinste Staat Südamerikas hält einen Weltrekord. Uruguay ist das Land mit den meisten politischen Gefangenen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Der Zwei-Millionen-Staat hat rund 7000

Sie sitzen in 21 Gefängnissen, KZs und Militärlagern rund um die Hauptstadt Montevideo. Im Hafen der Hauptstadt liegt das Gefangenenschiff »Tacoma«, einstmals Versorgungsdampfer des deutschen

Spiegel

Guerillas (dpa/upi). Die linksgerichteten argentinischen Guerillas haben in den vergangenen 18 Monaten zwischen 7000 und 8000 Mitglieder verloren. Das erklärte der argentinische Generalstabschef Roberto Eduardo Viola.